es sehr viele Ausgebeutete aber sehr wenige Ausbeuter gibt, daß sich die Ausgebeuteten ihre Ausbeutung auf die Dauer nicht gefallen lassen.

Diese Sache wollen wir einmal in aller Kürze untersuchen:

Wenn wir uns oberflächlich in unserem Lande umsehen, so sehen wir: Es gibt die Welt der Wirtschaft, die Welt der Schule, der Wissenschaft, der Religion, der Kunst. Wenn wir uns aber näher mit den Dingen befassen, kommen wir zu der Erkenntnis: Alle diese Welten hängen ja zusammen! Und zwar in der Weise, daß die Wirtschaft die Basis bildet, alles andere aber einen Überbau; Ihr könnt Euch das so ähnlich vorstellen wie Motor und Karosserie: Die Wirtschaft - der Motor, Kultur, Wissenschaft, Religion usw. - die Karosserie; das Vehikel aber, das derart zusammengesetzt ist, heißt: Der bürgerliche Staat. Die Wirtschaft funktioniert nach dem Prinzip: Ausbeuter und Ausgebeutete, der ganze Überbau aber dient dazu, die Ausbeutung zu erhalten, zu verschleiern, zu rechtfertigen, zu beschönigen, als notwendig, als unvermeidbar hinzustellen usw.

Wir sehen also; Die Ausbeuter benützen ihre Macht und ihren Reichtum, um den Ausgebeuteten mit Schule und Zeitung, mit Litfaßsäule und Fernsehapparat das ihrer Klassenlage entsprechende Bewußtsein, ausgebeutet zu sein, zu nehmen. und ihnen an Stelle dessen das bürgerliche Klassenbewußtsein mit aller Gewalt aufzuzwingen. An diesem Punkt angekommen fragen wir uns einmal: Und wozu dient die bürgerliche Literatur? Sie ist und muß sein Teil des Überbaus der kapitalistischen Gesellschaft; sie dient und muß dienen der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Denn die bürgerlichen Schriftsteller sind alle Schildwachen vor den Geldsäcken ihrer Herren.

Geht das jetzt ewig so weiter, daß die Werktätigen mundtote Lohnsklaven sind?

Eben nicht: Denn es entspricht den inneren Gesetzen der Lüge, daß sie auf einmal, plötzlich und aus sich heraus in Wahrheit umschlägt.

So stehen wir heute am Anfang eines Prozesses, der da lautet: Das Wiedererwachen des von der ersten Republik geknechteten, vom Dritten Reich für einen imperialistischen Krieg mißbrauchten, von der zweiten Republik schmählich an der Nase herumgeführten österreichischen Proletariats.

Noch ist es sehr früh: Am politischen Nachthimmel zeigt sich erst ein Silberstreif: Und er wird repräsentiert durch euch, meine lieben Freunde. Aus gutem Grunde wird uns also ein Festival verwehrt, das unsere Solidarität gestärkt und uns oppositionellen Schriftstellern Gelegenheit gegeben hätte, Gedichte vorzutragen, die den Herren des Landes sicher nicht nutzen und hoffentlich schaden.

Dabei spielt es auch keine Rolle, ob Flint nun absichtlich oder unabsichtlich verhindert worden ist.

Aber wenn wir uns auf dem Weg bewegen, den uns die Geschichte vorzeichnet, wird uns keine Gewalt der Erde aufhalten.

Bleiben wir am Boden. Die nächste Zukunft wird uns nicht mit Erfolgen verwöhnen. Manche werden im Alltag vergessen, daß Kulturkampf ohne Klassenkampf dasselbe ist, wie Fiebersenken bei Blinddarmentzündung. Sie werden sich auf der falschen Ebene redlich mühen oder faule Kompromisse eingehen.

Die besten unter uns aber, daran besteht kein Zweifel, werden das Übel an der Wurzel bekämpfen wollen.

Wie macht man das?

Es ist ein offenes Geheimnis und steht bei Marx, Engels und Lenin.

Für Interessenten geben wir die Kontaktadresse unserer Vorarlberger Landesgruppe bekannt: Postfach 66, 6923 Lauterach.

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 18/2. P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.



Für die VOLKSMACHT

Früher: „Der Kommunist"

August 1971
Nummer: 54

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

DIE HITLER VON HEUTE

Wollten wir - aus Opportunitätsgründen - auch nur im geringsten die Wahrheit verschweigen, würden wir jedes Recht verlieren, den arbeitenden Menschen Österreichs den Weg zu ihrer Befreiung zu weisen. Und die unerbittliche, harte Wahrheit lautet: Die heutigen Machthaber im Kreml sind - als logische Folge ihrer Verratspolitik - ebenso wie die US-Imperialisten zu den Hitler von heute geworden. Jedes Mitglied der heutigen "K"PÖ, das sich subjektiv, im Herzen, nach wie vor als Kommunist fühlt, und jeder SP-Arbeiter, der, durch die kapitalistische Politik Kreiskys und seines "Teams" enttäuscht und angeekelt, gemeint ist, der Demagogie des Höchstädtplatzes Gehör zu schenken, muß sich darüber restlos im klaren sein. Sagen wir also die unumstößliche Wahrheit über das, was sich vor unseren Augen in der internationalen Arena in den letzten Wochen zugetragen hat.

IM NAHEN OSTEN

steckt Moskau mit Washington unter einer Decke, soweit es ihm gilt, die antiimperialistische Freiheitsbewegung abzuwürgen und die für den Erfolg dieser Bewegung ausschlaggebende Einheit der arabischen Staaten gegen den US-Imperialismus und seinen Stoßtrupp Israel zu verhindern. Gleichzeitig rivalisieren die sozialimperialistischen Kreml-Herren mit den US-Imperialisten um den Einfluß in diesem Gebiet, dessen Erdölreichtum und strategische Verkehrsposition von enormer weltpolitischer Bedeutung ist.

Die Sozialimperialisten haben unter dem Deckmantel einer militärischen Hilfe in Ägypten eine in kriegstechnischer Hinsicht äußerst wichtige Streitmacht installiert, die in Wirklichkeit eine Besatzungstruppe darstellt, mit deren Hilfe sie die ägyptische Politik kontrollieren wollen. Im Interesse des nationalen Befreiungs- und Unabhängigkeitskampfes der Araber bemüht sich jedoch Ägypten seit langem um eine engere Verbindung der für den Widerstand gegen die zionistische Aggression wichtigsten Länder. Ägypten, Libyen, Syrien und Sudan sprachen sich vor einigen Monaten für die Schaffung einer Arabischen Föderation aus. Daraufhin organisierte der Günstling Moskaus in Kairo, Ali Sabri, mit einer Anzahl von Machthabern eine Verschwörung zum Sturz des Nachfolgers Gamal Abdel Nassers, des gegenwärtigen Präsidenten der VAR, Anuar Sadat. Im Mai wurde diese Verschwörung aufgedeckt. Wenige Tage später traf der Präsident der UdSSR, Podgornyj, mit einem vorbereiteten "Bündnisvertrag" in der Tasche in Kairo ein. Sadat mußte angesichts seiner Zwangslage unterschreiben.

Sudan schloß sich dem in Tripolis vereinbarten Abkommen zur Bildung einer Föderation "mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage" nicht an. Mit die-

ser Begründung war die Fünfte Kolonne Moskaus, die sogenannte "K"P Madschubs, gemeint, die im Auftrag ihrer Herren vehement gegen die Föderation auftrat.

(Für unsere jungen Leser, denen die jüngere Geschichte vorenthalten wurde: Als der spanische Faschistenführer Franco 1936 gegen Madrid, die Hauptstadt des von einer Volksfront mit Einschluß der Kommunisten regierten republikanischen Spanien, marschierte, sagte er, daß er in vier Kolonnen vorrücke und eine "fünfte Kolonne" - nämlich Verräter, Spione und Geheimagenten - in Madrid selbst losschlagen würde. Seither versteht man unter "Fünfter Kolonne" eine Agentur faschistischer Mächte in dem Land, das Opfer ihrer Aggression werden soll.) Am Tage der Unterzeichnung des Föderationsabkommens durch Ägypten, Libyen und Syrien wurde der Staatschef Sudans, Numeiri, nach Moskau beordert. Zwar hatte er den Beitritt zur Föderation nicht vollzogen, aber die russischen Sozialimperialisten trauten ihm nicht über den Weg. Deshalb organisierten sie -gemäß den Gepflogenheiten Hitlers in den späten dreißiger Jahren und der US-Imperialisten nach dem Zweiten Weltkrieg - einen Putsch gegen ihn. Dieser sozialimperialistische Putsch wurde jedoch nach drei Tagen liquidiert. Das war eine äußerst schwere Niederlage der russischen Sozialimperialisten und damit ein großer Erfolg für die revolutionäre Weltbewegung des Proletariats und aller unterdrückten Völker und Nationen!

IM MITTLEREN OSTEN

haben die Chruschtschow-Breschnew-Renegaten schon vor mehr als einem Jahrzehnt ihr konterrevolutionäres Bündnis mit den indischen Feudalherren und Monopolkapitalisten gegen die revolutionären Völker Asiens und vor allem gegen die Volksrepublik China geschlossen.

Die indischen Reaktionäre fühlen sich seit 1947 berufen, die Expansionspolitik ihres früheren Kolonialherren, des englischen Imperialismus, in eigener Regie (so wähnen sie;in Wahrheit führt der Imperialismus die Regie!) fortzuführen. Sie widersetzten sich der Bildung der Islamischen Republik Pakistan. Sie okkupierten das mohammedanische Kaschmir, dessen Bevölkerung bei einem Plebiszit (das Indien trotz internationaler Abmachungen bis heute verweigert!) zweifelsohne für Pakistan votieren würde, auf der angeblich "rechtlichen" Grundlage eines absolutistischen Entscheids des Hindu-Feudalherren von Kaschmir zugunsten Indiens. Sie versuchen unaufhörlich, dem Himalaya-Königreich Nepal eine selbständige Außen- und Wirtschaftspolitik zu verwehren. Sie entfachten im Frühjahr 1959 den Aufstand der Sklavenhalter von Tibet gegen die Behörden der Volksrepublik China, die acht Jahre lang peinlichst genau den Vertrag über die friedliche Befreiung Tibets eingehalten hatten. Sie attackierten im Herbst desselben Jahres China an mehreren Stellen und wurden dabei erstmals in aller Öffentlichkeit von den Chruschtschowisten unterstützt. Sie begannen 1962 einen großangelegten Angriffskrieg gegen China, das gleichzeitig durch eine massive Provokation der russischen Renegaten in der nordwestchinesischen Autonomen Uighur-Provinz Sinkiang bedrängt und gleichzeitig durch zahllose Aggressionsakte, die der US-Imperialismus mit Hilfe seiner Marionetten Tschiang Kai-schek unternahm, gestört wurde. Und sie begannen 1965 einen räuberischen Aggressionskrieg gegen Pakistan, den sie nur deshalb einstellen mußten, weil Volks-China dem Opfer der Aggression entschlossen zur Seite stand.

Jedoch die Indien beherrschenden feudalen Radschas, milliardenschweren Monopolkapitalisten à la Tata und Birla, den anglo-amerikanischen Imperialisten untertänigen Kompradoren und von den russischen Sozialimperialisten aufgepäppelten bürokratischen Kapitalisten der "staatlichen" Unternehmungen, die mit Hilfe elender Kreaturen wie des von Moskau ausgehaltenen Revisionisten Dange ein 500-Millionenvolk zu Hunger und Elend zwingen und jegliches Aufbegehren mit wüstestem faschistischen Terror beantworten - eben diese indischen Reaktionäre sehen ihre einzige Rettung vor dem Volkszorn in der Expansion und Aggression nach außen. Und so entfachten sie im Frühling dieses Jahres einen (vom amerikanischen CIA seit Jahren vorbereiteten) separatistischen Aufstand in Ostpakistan. Wir zweifeln nicht daran, daß die inneren Probleme Pakistans, die letzten Endes in der Hauptsache ein Erbe der verfluchten britischen Kolonialherrschaft sind, sich von den ähnlich gearteten Problemen Indiens kaum unterscheiden und daher Zündstoff genug bilden. Nichtsdestoweniger sind es eben innere Probleme, die nur durch die sozialen Auseinandersetzungen im Inneren dieses Landes gelöst werden können, niemals aber durch eine Einmischung von außen. Mehr noch: Gerade diese Einmischung von Seiten der indischen Reaktionäre und ihrer imperialistischen und sozialimperialistischen Hintermänner und Drahtzieher hat die inneren Probleme Pakistans zur Gluthitze des Bürgerkriegsbrands entfacht und für Millionen Menschen eine unsagbar tragische Situation geschaffen.

In dieser Situation wird am Samstag, dem 7. August die Reise des russischen Außenministers Gromyko nach Delhi angekündigt. Am Sonntag, dem 8. August traf Gromyko in der indischen Hauptstadt ein. Am Montag unterzeichnete er mit seinem indischen Kollegen einen "Freundschafts- und Beistandspakt". Zwei Tage später wurde dieser Pakt, den die ganze kapitalistische Presse - trotz ihrer Meinungsmache gegen Paki-

Fortsetzung auf Seite 4

DER KRACH IST DA

Im Artikel "Der kommende Krach" (Nr. 10 unserer Zeitung, Dezember 1967) haben wir analysiert und angekündigt; seitdem wiederholt darauf hingewiesen und jetzt ist der "Krach" da. Was alles wurde dem Volk einzureden versucht. Angefangen von der "notwendigen" Koordinierung der Wirtschaft, für die vor allem das "Verständnis" der Arbeiter gefordert wurde - womit uns ständig die Vertreter des Kapitals in ÖVP, SPÖ und Gewerkschaft die tagtägliche Ausbeutung als "notwendiges Opfer" schmackhaft machen wollten - bis zum "gewandelten Kapitalismus", der jetzt imstande wäre Krisen zu verhindern - was wir von den revisionistischen Verrätern in der KPÖ-Führung immer wieder hören konnten. Nun, alle diese Schwindelparolen wurden vom Repräsentanten des US-Imperialismus Nixon in einer einzigen Rede hinweggefegt. Geblieben sind die nakten Tatsachen: Der Kapitalismus hat nach wie vor seine Wolfsnatur behalten, wie sie ihm eben eigen ist. Der schrankenlose Konkurrenzkampf um Macht, Märkte und Profite ist über Nacht wieder offenbar geworden.

Die Brutalität mit der die US-Imperialisten ihre Bündnispartner aus der "freien Welt " darauf hinwiesen, daß diese ihre Dollars nur als das betrachten sollen was sie sind, nämlich Papier, teureres Klosettpapier sozusagen, gibt einen Hinweis, was auf die arbeitenden Menschen in den kapitalistischen Ländern wartet, wenn sie sich nicht auf ihre Kraft besinnen. Denn es ist klar, daß die Kapitalisten ihre Rauferei um Profite auf den Rücken der Arbeiter austragen wollen.

Wir arbeitenden Menschen müssen erkennen, daß es jetzt keine "Dollar" - oder "Währungskrise" gibt, wie vor allem die KPÖ-Revisionisten die Lage verniedlichen wollen - weil nicht sein kann, was nicht sein darf - sondern, daß das ganze kapitalistische Gesellschaftssystem, das längst untergangsreif ist, von einer schweren politischen Krise befallen ist, deren wirtschaftliche Begleiterscheinungen nun Ausdruck bekommen. In ihren Gefolge beginnt der Ringkampf jeder gegen jeden. Die Träger dieses Kampfes sollen freilich die Arbeiter sein, denen dabei das Blut ausgesaugt werden soll mit dem Vorwand, man müsse die drohende Krise überwinden, was in der Praxis heißt, inflationäre Entwicklung, verschärfte Ausbeutung, die Drohung mit dem gefährdeten Arbeitsplatz soll widerspruchslos hingenommen werden. Auf diesem Boden sollen die Arbeiter dann ihr Klassengefühl verlieren und mit nationaler Verhetzung sogar für den imperialistischen Krieg reif gemacht werden. Denn die Kapitalisten haben zuletzt noch immer ihre Krisen mit dem Mittel des Krieges zu lösen Versucht. Indem wir ihre Macht stürzen, können wir diese Gefahr abwenden.

stan und zugunsten der Kreml-Herren und deren indischen Knechte - als gefährliches Aggressionsbündnis enthüllen muß, von beiden Seiten ratifiziert.

Wir bitten unsere Leser, einen Augenblick ruhig zu überlegen: Ist es nicht seit eh und je die Ausrede der Kolonialisten für ihre Herrschaft über außereuropäische Völker,daß diese sich nicht selbst regieren könnten, innere Widersprüche hätten, mit denen sie allein nicht fertigwürden, der Vormundschaft einer "höheren Rasse" oder einfach einer "zivilisierten Herrenkaste" bedürften? Genau das war es, was die britischen Imperialisten für ihre Kolonialherrschaft in Indien, der "Perle des britischen Weltreichs", jahrhundertelang als Rechtfertigung ins Treffen führten. Sie hetzten Hindus und Moslems gegeneinander und sagten: "Wären wir nicht hier und sorgten für Ruhe und Ordnung, dann würden sich diese Religionsgemeinschaften gegenseitig zerfleischen." Und Otto <u>Habsburg</u> schrieb unlängst in der "Presse", die Vorherrschaft der weißen Rassisten in Südafrika sei einfach im "Lebensinteresse" der dortigen afrikanischen Bevölkerung unerläßlich, weil diese in verschiedene Gruppen gespalten wäre, die sich ohne den Faschisten Voster und seine von aller Welt verabscheute "Apartheid"-Politik gegenseitig umbringen täten. (Er vergaß nicht, im Text und am Rande zu bemerken, daß eine ebensolche Vermittler- und Friedensstifterrolle seinerzeit die Habsburger im Völkerkerker Österreich-Ungarn gespielt hätten und - früher oder später - auch in Zukunft im Donauraum spielen müßten; denn das war wohl der Zweck der Übung...)

Weiter: Nicht Pakistan ist es, das Westbengalen von Indien abspalten will, obwohl die Bengalen von Kalkutta ihrer Abstammung und Sprache nach ebenso weit entfernt von den Bewohnern des Pandschab (wo die indische Hauptstadt Delhi liegt) sind wie die Ost- von den Westpakistani.(Sowohl Bengalen wie der Pandschab wurden 1947 lediglich nach Maßgabe der religiösen Zugehörigkeit in Bestandteile Indiens bzw. Pakistans geteilt; die ethnischen und rassischen Verschiedenheiten innerhalb der Indischen Union sind übrigens noch weit vielfältiger und schärfer!) Pakistan hat nur ein Viertel oder ein Fünftel der Bevölkerung Indiens, ist wirtschaftlich noch mehr zurückgeblieben als dieses, besteht aus zwei weit voneinander liegenden Teilen, die vom Land her fast überall von Indien umschlossen sind, hat militärisch eine viel geringere Schlagkraft als Indien. Pakistan <u>kann daher gar nicht</u> aggressiv gegenüber Indien auftreten, selbst wenn es wollte. Und Pakistan hatte den Mut, trotz seiner formellen Mitgliedschaft zur SEATO, also dem antichinesischen Militärpakt der US-Imperialisten im südostasiatischen Raum, allen Drohungen Washingtons zu widerstehen und freundschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China zu unterhalten.

Die indischen Reaktionäre mischen sich hingegen offen und ungeniert in die inneren Angelegenheiten Pakistans ein, schmuggeln Waffen und Militärinstrukteure nach Ostpakistan, führen dort unaufhörlich bewaffnete Aggressionsakte durch, verleiten Millionen ostpakistanischer Bürger (meistens Angehörige der Hindu-Religion) zur Flucht und benützen eben diese Flüchtlingstragödie, um die in Indien gebildete sogenannte "Regierung" ihrer ostpakistanischen Agenten als "unabhängigen Staat Bangla Desh" zu etablieren, um die Wiederherstellung des Friedens in Ostpakistan zu verhindern und Vorwände für einen neuen Aggressionskrieg zu schaffen. <u>Nach</u> Unterzeichnung des Aggressionspaktes mit den Moskauer Sozialimperialisten erklärte Indira <u>Gandhi</u> unzweideutig, sie würde "Bangla Desh" anerkennen (Also praktisch unter diesem Vorwand einen Teil pakistanischen Staatsgebietes gewaltsam besetzen), ja sie drohte unverhohlen mit einem formidablen Krieg, falls die pakistanischen Behörden es "wagen" sollten, das Oberhaupt der pakistanfeindlichen Verschwörung, Scheich Mudschib ur-Rachman, abzuurteilen. Gerade der Teufelspakt Moskau-Delhi trägt also den Keim eines neuen Krieges im Mittleren und Fernen Osten in sich, der Auftakt zu einem Weltkrieg werden kann.

Es wäre dies ein "Freundschaftspakt <u>mit Zähnen</u>", schrieb am 11. August die "Volksstimme" und plauderte damit beinahe alles aus. "Beinahe", so dachten die Oberhäupter der österreichischen Fünften Kolonne der neuen Hitler im Kreml und machten die Sache noch klarer: "Richtet sich der Pakt auch gegen Volks-China?", fragte das Revisionistenblättchen scheinheilig und gibt selbst zur Antwort: Ja; wenn China sich weigern sollte, das selbständige Pakistan den indischen Reaktionären und ihren sozialimperialistischen Hintermännern zum Fraß zu überlassen, dann... Buchstäblich niemand in der Welt - außer den unentwegten Gläubigen der breschnewistischen Kreml-Kirche - zweifelt daran,daß dieser Aggressions- und Kriegspakt vornehmlich gegen China gerichtet ist. Nicht anders, als der "Antikomintern"pakt Hitlers,Mussolinis und Tojos (Japans Kriegstreiber Nr. 1 in den späten dreißiger Jahren) gegen die sozialistische Sowjetunion gerichtet war, weil diese - ebenso wie heute das sozialistische China - jeglicher Aggression der imperialistischen Kriegsbrandstifter hinderlich im Weg stand.

Die Analogien zur Aggressionspolitik Hitlers liegen hier so klar auf der Hand, daß man geradezu nur blindlings hinzugreifen braucht: Als 1938 der Abgesandte des britischen Imperialismus Lord <u>Runciman</u> die Zerstückelung der CSR vorbereitete, brüllte Hitler: "Ich will nur die Freiheit der Sudetendeutschen, die sich zu 95 Prozent für die Lostrennung von der Tschechoslowakei aussprachen." Mit der gleichen Begründung ziehen heute die Moskauer Renegaten gegen Pakistan zu Felde; <u>ihr</u> Sudetenland heißt "Bangla Desh", <u>ihr</u> Henlein ist Scheich Rachman! Oder spielt Ostpakistan für die Hitler von heute die Rolle der Slowakei des Faschisten <u>Tiso</u>! Oder die des Kroatien des faschistischen Ustascha-Häuptlings <u>Pavlevic</u>? Wie immer man die Sache ansieht, es ist ein und dasselbe: Vorbereitung eines Krieges gegen das Bollwerk des Sozialismus - damals die Sowjetunion unter Stalin, heute die von Mao Tsetung geführte Volksrepublik China.

Doch wozu eigentlich in die Ferne schweifen? Treten doch auch

<u>IN EUROPA</u>

die Kreml-Renegaten ohne jede Scham in die Fußstapfen Hitlers. <u>Rumänien</u> führt seit Jahren, allem Druck aus Moskau trotzend, eine Politik durch, die auf Unabhängigkeit und Selbständigkeit sowie auf gute Beziehungen zu allen Staaten gerichtet ist. Vor allem hat Rumänien, ungeachtet seiner Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt und Comecon, stets auf Freundschaft mit China und Albanien Wert gelegt. Daher rührt der unbändige Haß der Kreml-Herren gegen Rumänien und seinen Partei- und Staatsführer <u>Ceausescu.</u> Besonders die jüngste Peking-Reise Ceausescus hat es diesen neuen Hitler angetan. Sie begannen nun aus allen Rohren auf Rumänien zu schießen. Ceausescu wurde zur Geheimkonferenz Breschnjews und seiner Satelliten auf der Krim, die sich hauptsächlich mit der aggressiven Strategie gegen Volks-China befaßte, nicht eingeladen. Dafür wurden in Ungarn Militärmanöver durchgeführt, die eindeutig dazu dienen, Rumänien (und auch Jugoslawien, bei dessen Nationalitätskonflikten übrigens die Russen immer eifriger mitmischen) einzuschüchtern.

Mit ebensolchen Druckmitteln hat in den dreißiger Jahren Hitler seinen Einmarsch in Österreich vorbereitet! Und der Beistandsvertrag der CSR mit der UdSSR diente Hitler als Vorwand für seine Aggression gegen diesen ungleich schwächeren Nachbarn. Rumänien hat aber überhaupt keinen Pakt mit China geschlossen, und dieses erhebt keinerlei Forderungen in bezug auf Rumäniens Außenpolitik. Dennoch wollen die Moskauer Hitler von heute mit diesem Land augenscheinlich ähnlich verfahren wie mit der CSSR 1968. Ja, mehr noch: Die Sozialimperialisten werden wohl in Europa nicht Ruhe geben, ehe sie nicht ganz Ost- und Südosteuropa, das sie seit dem Kennedy-Chruschtschow Abkommen von 1961 als <u>ihre</u> Einflußsphäre betrachten, voll und ganz botmäßig gemacht haben. Dazu gehört außer Rumänien und Jugoslawien nicht zuletzt auch der Leuchtturm des Sozialismus in Europa: die Volksrepublik <u>Albanien</u>.

Genauso wie Hitler seine Aggressionen gegen die schwachen Völker Europas mit der angeblich von diesen ausgehenden "Bedrohung Deutschlands" rechtfertigte und genauso wie der US-Imperialismus seinen schmutzigen Aggressionskrieg in Indochina mit der angeblich von dort der "freien Welt" drohenden "Gefahr" begründet, genauso verfährt der Kreml gegenüber den Balkanländern. Schrieb doch am 13. August mit nicht zu überbietenden Deutlichkeit ein Satellitenblatt der neuen Zaren, der ungarische "Magyar Hirlap", (im Hinblick auf den seit langem vereinbarten und im kommenden Herbst bevorstehenden Gegenbe-

such Tschou En-lais) von einer angeblichen "Achse Tirana-Belgrad-Bukarest", die "eine Spitze gegen die Sowjetunion" darstellen und daher "eine außerordentlich gefährliche Situation heraufbeschwören" könnte!

Und so sehen wir uns einer unverhüllten Kriegsdrohung seitens der russischen Sozialimperialisten gegenüber, die unsere unmittelbare Nachbarschaft betrifft. Kein österreichischer Arbeiter kann demgegenüber gleichgültig bleiben.

CHINA IM BILD; diese in Peking herausgegebene Zeitschrift informiert das Ausland über China. Sie berichtet über die Erfolge in Chinas sozialistischer Revolution und im Kampf gegen den Imperialismus und den modernen Revisionismus. Erscheint jeden Monat.

Einzelpreis S 5,— Jahresabonnement S 50,—

Bestellungen bitte an das Postfach 3, 1205 Wien

KLENNER-BANK UND KLASSENJUSTIZ

"Die Zukunft" ist die "theoretische" Zeitschrift der SPÖ.Fritz Klenner ist Mitglied ihres Redaktionskomitees. Die BAWAG - im Besitz der ÖGB und der GÖC - ist eine der größten Banken des kapitalistischen Österreich. Fritz Klenner ist ihr Generaldirektor.

Im Juni 1971 brandmarkte "Die Zukunft" (Nr. 12, S. 29) "jene infernalische Maschine der Klassenjustiz..., deren Gerechtigkeitsmühle sich die Indizien aus dem faulen Korn ihres Klassenegoismus mahlt". Im selben Juni 1971 setzte die BAWAG eine ebensolche teuflische Maschine der bürgerlichen Klassenjustiz in Bewegung.

Gewiß, es gibt Unterschiede: Die "Zukunft" bezog sich auf eine ferne Vergangenheit und ein fernes Land (USA, 1915); die BAWAG aber tritt hier und heute in Aktion. Die Zeitschrift führte in der Theorie eine Anklage, um ihre sozialistischen Leser irrezuführen; die Bank erhob in der Praxis eine Privatanklage , um ihre kapitalistischen Interessen zu verteidigen.

Denoch sind die Gemeinsamkeiten wesentlich und entscheidend: Ebenso wie dort und damals ein revolutionärer Arbeiterführer und -dichter durch die Gesetzmaschinerie der kapitalistischen Klassenjustiz zermalmt wurde, soll dies hier und heute einem revolutionären Arbeiterorgan widerfahren. Joe Hill wurde, "durch die sich in ihren Besitz bedroht fühlenden Machthaber" ("Die Zukunft", a.a.O.) unter der falschen Anschuldigung der "Teilnahme an einem Raubmord" justizgemordet, weil er die amerikanischen Arbeiter für den Kampf zur Vernichtung der Ausbeuterordnung und Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln organisierte und inspirierte. Das Zentralorgan der VRA "Für die Volksmacht" soll unter der genauso falschen Anschuldigung einer "Schädigung des Kredits der BAWAG" ungebracht werden, weil es in einer Sondernummer AM BEISPIEL DER BAWAG nachwies, daß die heutigen Machthaber der SPÖ als bürokratische Kapitalisten Teil der herrschenden besitzenden Klasse sind, und den Weg dazu wies, daß die arbeitenden Menschen wirklich in den Besitz aller Produktionsmittel und des ganzen von ihnen selbst geschaffenen Reichtums gelangen".

Ein revolutionärer Arbeiterführer hat nichts zu tun mit Raubmorden an einzelnen Kapitalisten, sondern organisiert seine Klassenbrüder für den Sturz des ganzen kapitalistischen Systems. Ein revolutionäres Arbeiterorgan ist nie darauf aus, einer einzelnen Bank "den Kredit zu schädigen", sondern ist bestrebt, das ganze uns beherrschende Finanzkapital bei den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung politisch in Mißkredit zu bringen. Eben deshalb haßten und hassen, verfolgten und verfolgen uns die Herren dort und damals wie hier und heute.

Bleibt noch eine Frage: Möchte Redaktionsmitglied Fritz Klenner auf die Handlungsweise des Bankdirektors Fritz Klenner bezogen wissen wollen, was "Die Zukunft" in dem zitierten Artikel weiter schreibt? Dort heißt es nämlich bezüglich eines weiteren Mordurteils der amerikanischen Klassenjustiz (an Sacco und Vanzetti, 1927): "Wieder ist ein Tribunal der Besitzenden mit aller vorgetäuschten Korrektheit des Prozeßverlaufs um die Unwahrheitsfindung bemüht, die der Stabilisierung ihrer Machtpositionen dienen soll, wieder sucht es seine Opfer in den Reihen der Entrechteten".

GENOSSEN, FREUNDE, LESER !

Solange wir schwach und ungefestigt waren, hatte der Klassenfeind uns gegenüber leichtes Spiel. Er bekämpfte uns mit der alten Methode der herrschenden Klasse Österreichs - dem Totschweigen. Nun, er mußte einsehen, daß diese Methode nicht verhindern konnte, daß unsere Organisation stärker und schlagkräftiger wurde. Heute ist es so, daß die VRA der Kristallisationspunkt der revolutionären Menschen in Österreich ist. Indem wir uns immer mehr mit den Ideen Mao Tsetungs stählen, nimmt unsere politische und ideologische Kraft ständig zu. Der Klassenfeind weiß ganz genau, daß wir auf diesem Gebiet nicht zu bekämpfen sind. Er weiß aber auch genau, daß wir finanziell schwach sind. Daß wir uns als eine wirkliche Organisation revolutionärer Arbeiter ausschließlich auf die eigene Kraft stützen, auf die Solidarität und Opferbereitschaft unserer Genossen und Freunde. Und daher versucht der Klassenfeind uns politisch mundtot zu machen, indem er uns finanziell-wirtschaftliche Schläge versetzen will.

Die große Bank der SPÖ, die BAWAG (die KPÖ gehört zu ihren Kundschaften), hängt uns wegen unserer Broschüte "Am Beispiel der BAWAG" wegen Kreditschädigung (!) einen Prozeß an. Aus unserem Organisationslokal, das immer mehr zum Treffpunkt revolutionärer Menschen wird, will man uns hinausbringen. Wir sollen Geldstrafen aus allen möglichen Anlässen zahlen.

Wir müssen erkennen, daß alle diese Angriffe gegen uns, die noch ergänzt werden durch ideologische Wühltätigkeit und vermehrter "Aufmerksamkeit" der Polizei, wie zuletzt in Vorarlberg, nicht zufällig kommen. Die herrschende Klasse konzentriert die Angriffe gegen unsere Organisation gerade jetzt, wo sie daran ist, ihre ausbeuterischen Aktionen gegen das werktätige Volk zu verstärken und bei den Nationalratswahlen den Betrug mit dem Parlamentarismus noch einmal erfolgreich durchzuführen. Weil unsere Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) die einzige Kraft in Österreich ist, die richtig und wirkungsvoll den Kampf gegen die herrschende Klasse führt, weil wir gefährlich für sie geworden sind, deshalb soll unsere Organisation vernichtet werden.

Genossen, Freunde, Leser! Wir müssen diese Angriffe abwehren. Dazu brauchen wir aber eure Solidarität und Unterstützung. Wir müssen diese Angriffe aber nicht nur abwehren, sondern zum Gegenangriff übergehen, indem wir unsere Agitation und Aktivitäten noch verstärken. Noch mehr von unseren Zeitungen, noch mehr Flugblätter hinein in die Massen der arbeitenden Menschen! Noch mehr Diskussionen in den Betrieben und Wohnbezirken! Noch mehr Kampf für die Stärkung der VRA!

Wir sind überzeugt davon, daß die finanziellen Angriffe gegen uns genauso scheitern werden, wie die politischen und ideologischen; jeder Angriff des Feindes hat uns noch immer stärker gemacht.

Genossen, Freunde, Leser, beweist, daß unsere Ansicht richtig ist. Unterstützt uns finanziell soweit als es nur irgendwie möglich ist.

Der Klassenfeind wird nicht durchkommen, wir werden erfolgreich weiterstürmen!

ROT FRONT

Schliessen wir uns zusammen, um den Imperialismus und alle Reaktionäre zu besiegen!

Die halbe Stunde im Oktober

Kreisky ist ein kluger Mann. Wer zweifelt auch daran? Kreisky sagte, als er sachte und gemächlich die vorzeitigen Neuwahlen ankündigte: Warum sollte denn nicht der Osterreicher, "eine halbe Stunde an einem Sonntag im Oktober opfern", um durch den Urnengang für vier Jahre eine stabile Regierung in den Sattel zu heben. Weiß Kreisky nicht, dieser so sehr kluge Mann, daß er damit den ganzen Firlefanz der scheindemokratischen Fassade der Bourgeois-Diktatur preisgegeben hat? Es ist doch eine reine Formsache, sagte er nolens volens (willentlich oder nicht) mit diesem Ausspruch. Nur eine halbe Stunde vom Sonntagsvergnü - gen abgezwickt - und Österreichs Machthaber können vier Jahre lang alle "unpopulären (d.h. volksfeindlichen) Maßnahmen" durchführen, für welche es ihnen nach der augenblicklichen parlamentarischen Zusammensetzung an glaubwürdigen und gesicherten juristischen Grundlagen mangelt. Ihr gläubigen Staatsbürger braucht nur das bisserl Zeit, um euer Kreuzerl am amtlichen Stimmzettel zu schreiben, und schon können wir euch anstandslos regieren, wie es die Industriellenvereinigung am Schwarzenbergplatz verlangt. Ist das nicht der wahre Sinn dieser berüchtigten "halben Stunde", Herr Bundeskanzler?

Kreisky ist ein kluger Mann. Wer zweifelt auch daran? Seine Meinungsmacher zerbrechen sich die Hohlköpfe und schreiben sich die Finger wund, um irgendwie doch noch herauszukitzeln, worum es den einfachen Menschen unseres Landes bei diesen wahlen eigentlich gehen sollte. Doch nicht eine einzige Streitfrage, die das Volk von Österreich angeht, vermögen sie zu nennen! Einhellig sagen sie alle, SPÖ, OVP, FPÖ und sonstige "Unabhängige", daß es einzig und allein lediglich um Parteitaktik und Parteipositionen geht. Also darum, welche der Systemparteien den Kanzler stellt, wer mit wem ins Koalitionsbett steigt, welche Fraktion wieviel Minister- oder Staatssekretär-Sitze bekommt usw.. Sind das etwa Sorgen des Volkes? Mitnichten! Behaupten sie auch gar nicht. Deshalb die entschuldigende Beschwörungsformel unseres lieben Bruno Kreisky: Nur eine halbe Stunde....

Kreisky ist ein kluger Mann. Wer zweifelt auch daran? Er hat mit dem braunen Peter eine neue Wahlordnung ausgepackelt, die nicht nur den von ihm hochgepäppelten braunen Mannen mehr Mandate eintragen soll, sondern auch eine - wenn auch sehr dürftige - Chance den Agenten Moskaus am Höchstädtplatz einzuräumen vermöchte. Die ÖVP ist natürlich zufrieden damit, daß die neue Wahlordnung nicht nur ihren Vorteil bei der Mandatsvergebung beschneidet, sondern auch den der SPÖ. Die "unabhängige" Presse tut,was sie kann,um durch entsprechende (wie man weiß, nicht unwirksame) Stimmungsmache einer "Vorwahlmeinungsbefragung" - so oder anders - für die "K"PÖ Stimmung zu machen. Kreisky hat das in Kauf genommen. Sein Freund Benya hat es sogar öffentlich (und von der "Volksstimme" sorglich registriert) so formuliert: "Das schad't gar nix", wenn die KPÖ "zwei Mandate machen" wird. Wieso auf einmal dieser Stimmungswandel? Schleinzer wurde gefragt, ob er eine eventuelle SP-Regierung, die sich, wie in Schweden, durch die Unterstützng der KP am Ruder hält,vorweg mit der "Roten Katze" verhindern wolle. "Keineswegs", sagte der VP-Obmann.Und er wußte warum. Jedermann in Europa weiß, daß revisionistische Abgeordnete wie jene im schwedischen Reichstag völlig harmlose und absolut untertänige Jasager der SP-Regierung sind.

Kreisky ist ein kluger Mann. Wer zweifelt denn daran? Er weiß auch ein Mittel gegen die "Gefahr" daß die Arbeiterverräter vom Höchstädtplatz ihm vielleicht unter Umständen doch das eine oder andere Mandat abnehmen könnten. Und so läßt er eben seine Agentur in der Revisionistenpartei agieren, die als "Anti-Moskau-Fraktion (oder "liberale" oder "progressive" oder "nationale" Richtung der sogenannten "Kommunisten) plötzlich,mit Geldmitteln der weniger am Ost- als am Westhandel interessierten "Kommuno-Kapitalisten" ausgestattet,eine Wahlliste "Offensiv-links" präsentieren. Damit ist die äußerst schwache Chance eines Nationalratsmandats für Scharf oder Muhri natürlich noch kleiner geworden.

Möge aber Kreisky noch so klug sein: Die arbeitenden Menschen Österreichs sind ganz bestimmt noch klüger: Sie werden weder ihm und seinem Team ihre Stimme geben, noch den Renegaten in der KPÖ, noch deren um Marek gescharten "Gegnern". Sie müssen erkennen, dass in einem Augenblick,da Kreisky offen den formellen, völlig unverbindlichen Charakter der parlamentarischen "Demokratie" ("nur eine halbe Stunde"!!) einbekennt, es für einen klassenbewußten Proletarier nur eine einzige Entscheidung gibt: aktiver Boykott der Schwindelwahlen!

Jede Stimme für die "K"PÖ bedeutet ein Bekenntnis zum bestehenden kapitalistischen Ausbeutersystem und nicht anderes. Schreit sich doch die Führung dieser Partei die Kehle heiser, um die "Bedeutung" des Parlaments hervorzuheben, von der jeder normale Osterreicher trotz massivster Bearbeitung durch Rundfunk und Fernsehen nichts weiß und nichts wissen will. Wer für SPÖ, ÖVP oder FPÖ stimmt, will diese oder jene - für das Schicksal des arbeitenden Menschen im Grunde gleichgültige - Verschiebung im Verhältnis der Parteien, welche als Vollzugsorgane der Großkapitalisten unser Land beherrschen. Doch eine Stimmabgabe für die "K"PÖ bedeutet, wie diese selbst in ihrer ganzen Propaganda hinausposaunt, ein Bekenntnis zur demokratisch getarnten Kapitalsdiktatur , zum Parlamentarismus, weil doch mit dessen Hilfe die Fürnberg, Muhri, Scharf und Co. heuchlerisch eine "Verbesserung der Lage der Werktätigen" versprechen!

Und jede Stimme für die scheinlinke "Opposition" zur "K"PÖ, die von der sogenannten FÖJ organisiert wird und den linksgesinnten Jungwählern eine Alternative verspricht,ist ebenso ein Bekenntnis zum ausbeuterischen Establishment! Wer sich wirklich links fühlt, muß diese Schwindelwahlen boykottieren!

Nach wie vor bleibt unsere Losung goldrichtig:

Die arbeitenden Menschen haben im heutigen Österreich nichts zu reden und niemanden zu wählen! Wer die Macht hat, macht die Wahlen! Boykottiert die Schwindelwahlen!!!

MOSKAUS "ATOMABRÜSTUNGS"SCHWINDEL

Wer lügt, hat unrecht. Nirgends ist dieser Satz so gültig wie in der Politik. Und kaum jemand liefert ein besseres Beispiel für seine Gültigkeit als die Arbeiterverräter in der Führung der "K"PÖ.

Am 4. August berichtete die "Volksstimme" lakonisch: "Die chinesische Regierung ist nicht bereit, an einer Abrüstungskonferenz der fünf Atommächte)Sowjetunion,USA,China, Großbritannien und Frankreich) teilzunehmen." Mehr hatte sie über die im Titel verheißene "Stellungnahme Pekings" zu dem Konferenzvorschlag nicht mitzuteilen. Die Leser sollten glauben, daß die Volksrepublik China gegen eine Atomabrüstung wäre. Deshalb durften sie sie nicht ein Wort aus der Erklärung der chinesischen Regierung zum russischen Konferenzvorschlag erfahren! In dieser Erklärung vom 30. Juli heißt es u.a.:

"Alle Länder der Welt,ob groß oder klein,müssen gleichberechtigt sein. Angelegenheiten, welche die verschiedenen Länder der Welt betreffen, sollen von ihnen allen gemeinsam besprochen und geregelt werden, dürfen nicht das Monopol einiger weniger Großmächte sein. Das ist ein Grundsatz der internationalen Beziehungen, den alle Staaten befolgen müssen. Die Verhinderung eines Atomkriegs, die Ausschaltung von Atomkriegsdrohungen sowie das völlige Verbot und die restlose Vernichtung der Atomwaffen sind Dinge, die den Frieden und die Sicherheit aller Länder der Welt berühren, und ein paar kernwaffenbesitzende Länder haben nicht das Recht, die Mehrheit der Völker der Welt beiseite zu schieben und eigenmächtig eine Konferenz abzuhalten, auf der über so wichtige Angelegenheiten beraten und entschieden werden soll."

In der Erklärung wird auf den amerikanisch-russisch-englischen Vertrag von 1963 über einen teilweisen Teststopp, auf den "Atomsperrvertrag" der USA und der UdSSR, auf die "SALT" und andere Verträge bezw. Konferenzen von zwei bis drei Atommächten verwiesen , die allesamt in keiner Weise das nukleare Wettrüsten der "Supermächte" eingeschränkt haben. "Im Gegenteil, die USA und die Sowjetunion haben ihre Atomtests pausenlos fortgesetzt, ihre Kernwaffen immer mehr entwickelt, ihre Vorräte an diesen Waffen immer mehr vergrößert und in vielen fremden Ländern ihre mit Atomwaffen ausgerüsteten Truppen stationiert. Das stellt eine ernste Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit aller Völker dar. Die Völker der Welt haben längst ihr Vertrauen in Abrüstungsgespräche der Atommächte verloren."

Die chinesische Regierung stellt sodann fest, daß sie unter der atomaren Bedrohung seitens der Imperialisten gezwungen ist, Atomwaffen zu entwickeln, und zwar lediglich zum Zwecke der Selbstverteidigung, der Brechung des imperialistischen Atommonopols und der schließlichen Abschaffung aller Atomwaffen. Chinas Atomrüstung befinde sich erst im Experimentalstadium, und China sei keine Atommacht, noch werde es je eine " nukleare Supermacht" sein.

⟶

"China wird niemals an sogenannten Atomabrüstungsgesprächen der Atommächte hinter dem Rücken der keine Kernwaffen besitzenden Länder teilnehmen", stellt die chinesische Regierung fest und begründet damit ihre Ablehnung des russischen Konferenzvorschlags. Sie wiederholt sodann den bekannten konsequenten Standpunkt der Volksrepublik China zur Frage der Atomwaffen:

1. völliges Verbot und restlose Vernichtung aller Kernwaffen;
2. China wird niemals und unter keinen Umständen als erster Atomwaffen verwenden.
3. eine Gipfelkonferenz aller Länder der Welt soll einberufen werden, um die Frage eines völligen Verbots und einer restlosen Vernichtung der Atomwaffen zu erörtern und, als ersten Schritt, ein Abkommen über die Nichtanwendung von Atomwaffen herbeizuführen.

Abschließend heißt es in der Erklärung: "Die chinesische Regierung ist der Meinung, daß, um das völlige Verbot und die restlose Vernichtung der Kernwaffen zu verwirklichen, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die große Mengen von Kernwaffen besitzen, getrennt oder gemeinsam die Erklärung abgeben sollen, wonach sie sich öffentlich verpflichten, niemals und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen anzuwenden, alle Atomstützpunkte auf dem Gebiet anderer Länder zu demontieren und ihre in diesen Gebieten gelagerten Kernwaffenvorräte und stationierten Kernwaffentruppen in ihre eigenen Länder zurückzuführen."

Das ist also die Wahrheit über die "Stellungnahme Pekings", vor der die revisionistischen Lügner solche Angst haben.

KEINE NEUE INDOCHINA-KONFERENZ

Die antichinesischen Lügen der KPÖ-Führung platzen eine nach der anderen. Der Führer der Australischen Labour-Party Gough Whitlam, der an der Spitze einer Delegation China bereist hatte und am 5. Juli von Tschou En-lai empfangen worden war, erklärte nach seiner Rückkehr unter anderem, er habe den Eindruck, daß China, falls eine neue Indochina-Konferenz vorgeschlagen würde, dieser zustimmen könnte, unter der Voraussetzung, daß an ihr die asiatischen Länder besser vertreten wären. Trotz der äußerst unbestimmten Aussage Whitlams und seiner ausdrücklichen Feststellung, daß er nicht eine Erklärung Tschou En-lais, sondern seinen (falschen-D.R.) subjektiven Eindruck wiedergebe, (und so wurde die betreffende Meldung auch von den seriöseren bürgerlichen Zeitungen gebracht), stellte die "Volksstimme" mehrmals die verlogene Behauptung auf, die Volksrepublik China würde angeblich für eine neue Indochina-Konferenz eintreten.

Das ist ein sehr durchsichtiges Spiel: Gerade die Sozialimperialisten in Rußland versuchten stets den heldenhaften Widerstandskrieg der indochinesischen Völker abzuwürgen und diese, besonders dann, wenn die Dinge auf dem Schlachtfeld entschieden wurden, an den Verhandlungstisch zu drängen. Volks-China jedoch war und blieb stets der Meinung, daß die US-Aggressoren die Abkommen der Genfer Indochina-Konferenz zerissen haben und daß es daher keiner neuen Konferenz, sondern lediglich der Einstellung des Aggressionskriegs und sofortigen Abzugs der Aggressionstruppen bedürfe. Die US-Aggressoren sind freilich an diversen Konferenz-Manövern interessiert. Sie waren es, die ihre Marionetten in Phnom Penh, Lom Nol und Sirik Matak, veranlaßten, einen "Vorschlag" für eine neue Indochina-Konferenz zu machen. Und die schäbige Verräter- und Agentenclique in Phnom Penh erfreut sich nach wie vor des Wohlwollens der russischen Sozialimperialisten, die es - im Einklang mit den US-Imperialisten - beharrlich ablehnen, die Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha mit Sihanouk an der Spitze anzuerkennen, die sieben Zehntel des Gebietes ihres Landes kontrolliert und mit 27 Staaten normale diplomatische Beziehungen unterhält!

Am 3. August entlarvte die Pekinger Zeitung "Renmin Ribao" die Lügenmeldung der Revisionisten: "Der US-Imperialismus weigert sich, auf den von der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam vorgebrachten 7-Punkte-Friedensvorschlag zu antworten, hat aber seine Lakaien von Phnom Penh angewiesen, vor der Welt Propaganda für Einberufung einer neuen Genfer Konferenz zu machen. Das ist ein reiner Schwindel und äußerst absurd und lächerlich. Es ist allgemein bekannt, daß die Genfer Abkommen von 1954 seit langem vom US-Imperialismus vollkommen zerissen worden sind. Heute, da die USA-Aggressoren von den heldenhaften Völkern der drei Länder Indochinas arg angeschlagen werden, geht der USA-Imperialismus sogar so weit zu versuchen, sich durch Einberufung einer neuen Konferenz vor der Niederlage zu retten und einen Ausweg zu finden. Das ist absolut unmöglich.... Das gegenwärtige Problem liegt nicht darin, irgendeine neue Genfer Konferenz einzuberufen, sondern darin, daß der USA-Imperialismus seine Aggressionstruppen restlos, bedingungslos und unverzüglich aus ganz Indochina abziehen muß."

Und die amerikanische Presse muß zugeben, daß trotz der Schützenhilfe Moskaus und seiner Agenten dieser imperialistische Schwindel geplatzt ist. Sie stellt, wie sich die "Süddeutsche Zeitung" am 9. August von ihrem Washingtoner Korrespondenten berichten ließ, bedauernd fest: "Für die Beendigung des Krieges in Vietnam besteht Peking auf der Annahme des 7-Punkte-Plans der Befreiungsfront, also auf die Verpflichtung der USA, sich bis Ende des Jahres völlig aus Vietnam zurückzuziehen und eine politische Regelung ohne General Thieu zuzulassen, wofür die Kriegsgefangenen freigelassen werden. Auf jeden Fall ist die chinesische Regierung nicht bereit, wie es Nixon gehofft hat, eine neue Genfer Indochina-Konferenz einzuberufen, bevor nicht eine Einigung zwischen den USA und ihren Gegnern in Vietnam ausgehandelt ist."

Mit dem Platzen dieser schamlosen revisionistischen Lüge ist auch der jämmerliche Versuch, die Völker Indochinas von ihrem bis zum Ende zuverlässigen Hinterland zu isolieren, schmählich gescheitert.

DIE "EISERNEN MÄDCHEN" VON DADSCHAI

Die Pekinger Agentur "China Features" stellt uns nachstehenden Originalartikel von HUNG NUNG zur Verfügung.

Es gibt in den Dörfern Chinas eine Reihe von Stoßbrigaden, die sich aus tatkräftigen jungen Mädchen zusammensetzen. Sie werden "Arbeitsgruppen der eisernen Mädchen" genannt. Gewappnet mit den Mao-Tsetung-Ideen kämpfen sie in den ersten Reihen des Klassenkampfes, des Kampfes für Produktion und des wissenschaftlichen Experimentierens. Sie sind Kontingente, die das neue sozialistische Dorf in China aufbauen, aufrichtig für die Revolution arbeiten und bereit sind überall dort zu helfen, wo es große Schwierigkeiten gibt.

Die erste "eiserne Mädchengruppe" wurde von den jungen Mädchen der Produktionsbrigade Dadschai gegründet. Im Kreis Hsiyang, wo die Produktionsbrigade Dadschai liegt, gibt es nun 457 solche Mädchengruppen mit insgesamt 5200 Mitgliedern.

Die Dadschai-Arbeitsgruppe der "eisernen Mädchen" ist in den härtesten Kämpfen entstanden. Es war im August 1963. Furchtbare Regengüsse überschwemmten sieben Tage ohne Unterbrechung die Schluchten der Taihang-Berge, in denen sich die Produktionsbrigade Dadschai befindet. Die meisten der Höhlenwohnungen brachen ein, einige Erdwälle rings um die Felsen wurden weggewaschen, sogar Steindämme hielten der Gewalt des Wassers nicht Stand. Es war die größte Katastrophe seit hundert Jahren. Aber die armen Bauern und unteren Mittelbauern ließen den Mut nicht sinken. Angeführt von der Ortsgruppe der Partei, deren Sekretär Tschen Yung-gui ist, studierten sie wiederholt den Lehrsatz des Vorsitzenden Mao: "Von allen Dingen auf der Welt ist der Mensch das Kostbarste. So lange es Menschen gibt, kann von ihnen unter der Führung der Kommunistischen Partei ein jedes Wunder vollbracht werden." Sie verzichteten auf jede Unterstützung von Seiten des Staates, sei es in Form von Getreide, sei es in Form anderer materieller Mittel, und beschlossen, mit den Auswirkungen der Flutkatastrophe aus eigener Kraft fertigzuwerden. So bauten sie ihr Dorf in ein neues Dadschai um.

Unermeßliche Arbeit mußte geleistet werden, um neue Unterkünfte zu bauen, die Ernte heil einzubringen, die zerstörten Terrassenfelder wieder urbar zu machen und die Dämme neu zu errichten. Das waren umfangreiche Aufgaben. In dieser Situation beschlossen 23 junge Mädchen, eine Stoßarbeitsgruppe ins Leben zu rufen. Sie hatten gerade die Hauptschule abgeschlossen, die älteste zählte 18, die jüngste nur 14 Jahre. Angeführt von Dschao Su-lan, der Tochter eines armen Bauern, stürzte sich die Gruppe sofort in die Arbeit und setzte die niedergedrückten Pflanzen auf Dutzenden Hektar verschlammter Felder um. In dem sie tapfer der brennenden Sonne wiederstanden, arbeiteten sie verbissen im Schlamm, vergaßen den schmerzenden Rücken und die wunden Füße, erweckten eine Pflanze nach der anderen zu neuem Leben.

Im Winter schlossen sie sich den männlichen Kommunemitgliedern an und arbeiteten von der Morgen- bis in die Abenddämmerung auf den schneebedeckten Feldern bei einer Temperatur von minus 20 Grad, um die zerstörten Terrassen wiederherzustellen. Glücklich über ihre Beharrlichkeit, waren dennoch die Genossen von der Ortsgruppe der Partei angesichts der schweren Arbeitsbedingungen um sie besorgt und baten sie, heimzugehen und sich auszuruhen. Aber die Mädchen weigerten sich und sagten: "Wir müssen von der älteren Generation lernen, die weder Mühe noch Strapazen gescheut hat, als sie das neue Dadschai aufbaute. Wir werden es durchstehen." Andere Kommunemitglieder lobten sie: "Diese jungen Mädchen sind eiserne Mädchen." Und seit dieser Zeit sind sie unter dem Namen "Arbeitsgruppe der eisernen Mädchen" bekannt.

Aber was sie am meisten hervorhebt, das ist ihr Mut bei der Bewältigung selbst der schwierigsten Arbeiten. Um wieder eine hervorragende Ernte zu sichern, kletterten die 23 Mädchen, neben ihrer täglichen Arbeitszeit in den Feldern, in den Bergen herum, schnitten wildes Gras und stellten daraus einen vorzüglichen Dünger her. Sie standen zeitig auf und kamen spät nach Hause, legten oft große Entfernungen zurück, nachdem das Gras in der nahen Umgebung bereits geschnitten war. Sie waren übermüdet, und ihre Hände waren wund - aber sie gaben niemals auf. In zehn Tagen hatten sie 55 Tonnen Gras geschnitten. Sie pflegten zu sagen: "Wir eisernen Mädchen fürchten keine Mühe, wir wollen unser Bestes für die Sache der Revolution hergeben."

Diese "eisernen Mädchen" sind nicht nur eine Arbeitsgruppe, sondern es ist auch ein hervorstechender Propagandatrupp der Mao-Tsetung-Ideen. Sie nehmen sich Zeit, die Wohnungen der armen Bauern und unteren Mittelbauern aufzusuchen und lauschen ihren Berichten über die Geschichte des Klassenkampfes. Das hilft den Mädchen, ihr Selbstbewußtsein für den Klassenkampf zu stärken. Zur gleichen Zeit helfen sie den Bauern, die Werke des Vorsitzenden Mao zu studieren. Sie verfassen außerdem kurze und dennoch gehaltvolle Lieder und Tänze über heroische Menschen und ihre Leistungen in der Massenbewegung für die lebensverbundene Aneignung und Anwendung der Mao-Tsetung-Ideen sowie in dem Kampf für die Umgestaltung der Natur. Sie tragen diese Lieder und Tänze vor, um die anderen Kommunemitglieder zu weiteren Fortschritten zu ermutigen.

Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution schuf die "eiserne Mädchengruppe" zahlreiche Literatur- und Bühnenwerke, in denen sie die Verbrechen des Renegaten und Arbeiterverräters Liu Schao-tschi, der die konterrevolutionäre revisionistische Linie durchsetzen wollte, anprangerten und die großen Siege der revolutionären Linie Mao Tsetungs besangen.

Die "eiserne Mädchengruppe" ist mit den Ideen Mao Tsetungs aufgewachsen. Die Ortsgruppe der Partei erhöht das politische Bewußtsein der Mädchen, in dem sie ihnen häufig Details aus der Geschichte des Klassenkampfes und des Kampfes zwischen den zwei Linien erzählt und vom gegenwärtigen Kampf sowohl in der Brigade als auch im ganzen Land berichtet.

Zur gleichen Zeit verwendet sie die Mao-Tsetung-Ideen, um sie zu erziehen und ihnen zu helfen, den Gedanken der Hingabe an die Revolution und das Volk noch tiefer in ihrem Bewußtsein zu verankern.

Obwohl die Mädchengruppe wiederholt gelobt und ausgezeichnet wurde, blieben ihre Mitglieder dennoch bescheiden und umsichtig, indem sie den Worten des Vorsitzenden Mao folgten: "Bescheidenheit bewirkt, daß man Fortschritte macht; Überheblichkeit führt dazu, daß man zurückbleibt." Sie lernen ständig von den armen Bauern und unteren Mittelbauern sowie von "eisernen Mädchengruppen" anderer Produktionsbrigaden. Sie vergleichen stets gewissenhaft ihre Gruppe mit anderen fortgeschrittenen Gruppen, um festzustellen, wo es einen Abstand gibt, den sie zu überbrücken haben, damit sie das Niveau ihrer ideologischen Revolutionierung weiterhin heben und ihren siegreichen Vormarsch gemäß der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao fortsetzen können.

Dadschai ist ein leuchtendes Vorbild für den Aufbau des neuen, sozialistischen Dorfes in China. Gestützt auf die Ideen Mao Tsetungs haben die Leute von Dadschai aus dem von der alten Gesellschaft hinterlassenen verarmten Bergdorf ein blühendes, neues, sozialistisches Dadschai aufgebaut. Die Geschichte von Dadschai, die auch den entschiedenen und siegreichen Kampf gegen die bürgerliche Linie des Verräters Liu Schao-tschi widerspiegelt, ist im Bildband "Die rote Sonne erhellt den Weg auf dem Dadschai vorwärtsschreitet" dargelegt.
Dieser äußerst wertvolle Bildband ist über die VRA erhältlich.
Preis: S 10.- plus Porto

DIE GROSSE PROLETARISCHE KULTURREVOLUTION IST KEINE LEERE THEORIE

Aus dem Reisebericht eines bürgerlichen Journalisten entnehmen wir folgenden uns wichtig erscheinenden Abschitt:"... In einer Nähmaschinenfabrik, die wir besuchten, arbeiten die Techniker und Ingenieure nicht in besonderen Büros, sondern in der Werkstatt selbst, inmitten der Arbeiter, inmitten der Maschinen. Es handelt sich darum, um jeden Preis die Bildung einer neuen Klasse zu verhindern, die Gefahr der Bildung einer neuen "Technokratie" ein für allemal zu beseitigen. Die Vebindung mit den Massen darf nicht gebrochen werden. Das alles flößt einen Respekt ein. Die Arbeit der Ingenieure in der Fabrik hat seit der Kulturrevolution erstaunliche Resultate gezeitigt. Die Spezialisten,unterstützt von Elite-Arbeitern und Arbeitsveteranen haben mit den alten, verotteten Werksmaschinen, die sie vorfanden, die Ausrüstung des Betriebes modernisiert. Die Resultate sind außerordentlich erstaunlich. - Hier spricht man allerdings nicht von "materiellen Anreiz" und "Rentabilität". Die diesbezüglichen Reformen in den Ländern Osteuropas werden schlecht beurteilt. Auf eine diesbezügliche Frage antwortete uns mit sichtlicher Verachtung der Vorsitzende des Revolutionskomitees des Betriebes: "Diese Länder interessieren uns nicht. Sie haben sich auf den Weg zurück zum Kapitalismus begeben".

Nach welchen Richtlinien die chinesischen Genossen diesbezüglich vorgehen, ist in der Broschüre "Den Weg der Werkzeugmaschinenfabrik Schanghai gehen, Techniker aus der Arbeiterschaft heranzubilden" ausführlich dargelegt. Sie kann über uns bezogen werden.

Preis: S 3.- plus Porto

BAUERN REBELLIEREN IN FRANKREICH

Überall in Europa und auch in Österreich wächst die Unzufriedenheit der Klein-und Mittelbauern. Immer mehr spüren sie den gemeinsamen Druck des Monopolkapitals (Agrar -Maschinen- und Lebensmittelindustrie) und der mit ihnen verbündeten Großgrundbesitzer und Großbauern. In den meisten Fällen, leider auch bei uns, ist der Einfluß der revolutionären Bewegung noch viel zu gering, um den werktätigen Bauern den richtigen Weg zum Kampf gegen ihre wirklichen Feinde zu zeigen. So gelingt es immer wieder den Organisationen des Großkapitals in Stadt und Land, die Unzufriedenheit der Klein- und Mittelbauern für ihre Zwecke auszunützen (siehe die ÖVP-"Bauerndemonstration" im Frühjahr am Ring).

Aus Frankreich aber kommen bereits Nachrichten, aus denen hervorgeht, daß in einigen Gegenden werktätige Bauern, unter ihnen vor allem die jungen, sich vom Einfluß der reaktionären Kreise freimachen und direkte Aktionen gegen ihre wahren Klassenfeinde ausführen. So wird berichtet, daß eine Gruppe junger, landarmer Bauern den vollkommen vernachlässigten Großgrundbesitz eines Großviehhändlers besetzten und ihn zu bearbeiten begannen. Alsbald schickte die herrschende Klasse starke Polizeikontigente um das geheiligte Eigentum des Großgrundbesitzers von den landlosen Bauern zu "säubern".Um ihre Macht noch zu unterstreichen setzte die Polizei auch einen Hubschrauber ein. Die jungen Bauernrebellen sollten eingeschüchtert werden. Dieser Versuch ging aber völlig daneben: Einer der Jungbauern erhob - eine Steinschleuder, schoß auf den Hubschrauber und machte ihn einsatzunfähig!

Diese Tat des jungen Rebellen ist nicht als lustiger oder grotesker Zwischenfall anzusehen. Diese Tat hat außerordentliche Symbolkraft. Sie zeigt, daß ebenso wie die unterdrückten Völker den Imperialismus, die unterdrückten Klassen den Staat des Monopolkapitals siegreich bekämpfen können und letzlich besiegen können, wenn es ihnen bewußt ist, daß ihre Feinde Papiertiger sind!

PROLETARISCHES GEGEN BÜRGERLICHES BEWUSSTSEIN

"FLINT" nannte sich ein Pop-Festival in Vorarlberg, bei dem nette Leute, meist Jugendliche, die vom "Establishment" (d.h. der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung) "frustriert" (d.h. unbefriedigt, enttäuscht) sind, durch eigene musikalisch-literarische Darbietungen ihren Protest gegen den offiziellen Kulturbetrieb "artikulieren" (d.h. zum Ausdruck bringen) wollten. Derartige Vorhaben sind schon des öfteren von den Machthabern "umfunktioniert" worden, indem diese die Rebellen manipulierten und die Rebellion kommerzialisierten. Wohl um dieser Gefahr zu entgehen, suchten die kleinbürgerlichen FLINT-Anhänger die Teilnahme von Marxisten-Leninisten an ihrer diesjährigen Veranstaltung.

Die längst als hoffnungslos verzopft berüchtigte Vorarlberger Landesregierung muß so etwas gerochen haben, weshalb sie mit einem ziemlich fadenscheinigen Trick das Festival unterband. Zuerst versuchte sie den Landesführer der Pfadfinder zu veranlassen, daß er die bereits erteilte Benützungsbewilligung für den pfadfindereigenen Festplatz zurückziehe. Nachdem dies nicht gelungen war, fiel sie auf den Königsgedanken, die betreffende Waldlichtung bei Feldkirch plötzlich, wenige Tage vor Beginn des ordnungsgemäß angemeldeten Festivals, zum "Naturschutzgebiet" zu erklären.

Selbst eine so reaktionäre Zeitung wie die "Vorarlberger Nachrichten" sah sich ob solch hanebüchener Hinterwäldlerei gezwungen, manch höhnischem Kommentar ihrer Leser Raum zu geben, um zugleich damit nach Tunlichkeit zu verhindern, daß sich die Menschen tiefere Gedanken über all den Unfug machen. Doch die unmittelbar Betroffenen, die sich schon materiell und moralisch für die Veranstaltung engagiert hatten, riefen zu einer Protestdemonstration auf einem unvollendeten Teilstück der Autobahn auf, bei der unter parodiertem Abspielen der Bundes- und Landeshymne ein Sarg herumgetragen und nach Ansprachen und einem blasphemischen "Gebet" schließlich verbrannt wurde.

Dieses FLINT-Begräbnis zeuge von der "Ohnmacht einer Gruppe Progressiver gegen das Establishment", meinte (nicht mit Unrecht) die "AZ" in ihrer ganzseitigen Reportage vom 14. Juli. Nichtsdestoweniger machte sich Kreiskys Leibblatt Sorgen. Denn die 500 - meist jugendlichen - Teilnehmer bekamen dabei Dinge zu hören, die in unserer Scheindemokratie unstatthaft und gefährlich sind. "Einige Ultralinke", schreibt die "AZ", "bewegten sich mit ihren Grabreden in Richtung politischer Agitation." In der Tat: Folgende Grabrede eines linksgerichteten Schriftstellers wurde aus dem Fernsehstreifen über das FLINT-Begräbnis vorsorglich entfernt:

ZUM LEICHENBEGÄNGNIS VON FLINT darf ich im Namen einer Gruppe oppositioneller Vorarlberger Schriftsteller,die an Flint teilgenommen hätten,folgendes sagen:

Wenn wir zugeben, daß der Mensch nur existieren kann, wenn er mit anderen Menschen zusammenarbeitet, so kommen wir bald zu dem Schluß, daß diese gesellschaftliche Zusammenarbeit uns alle prägt. Was wir also sind, sind wir durch die Gesellschaft. Wer mir das nicht glaubt, soll nur bedenken, daß z.B. die Sprache, in der uns alles gelehrt wurde, was wir wissen,in der wir alles denken, was wir sagen,ein Ergebnis der gesellschaftlichen Kooperation der Menschen ist.

Jeder weiß, daß in der Gesellschaft nicht jeder Mensch in der gleichen Lage ist: Der eine ist Arbeiter, der andere Fabrikant: der eine Kleinbauer, der andere Großgrundbesitzer; der eine wird ausgebeutet, der andere beutet aus; der eine gehört dieser, der andere jener Klasse an.Und da nun alles, was wir denken und wissen, aus unserer gesellschaftlichen Lage kommt, es aber verschiedene gesellschaftliche Lagen gibt, so können wir erkennen, daß es verschiedene Arten von Bewußtsein gibt, daß jeder Klasse ein eigenes Klassenbewußtsein entspricht.

Nun sollte man doch meinen, daß eine ausgebeutete Klasse das Klassenbewußtsein hat, ausgebeutet zu sein, und, da